

*Ausschnitt aus "Der Westallgäuer" vom 17.06.2013
mit freundlicher Genehmigung der Allgäuer Zeitung*

Weiler-Simmerberg will sich an Stromnetz beteiligen

Versorgung Einhellige Zustimmung zu geplantem Zweckverband im Gemeinderat – „Absolut richtiger Weg“

VON PETER MITTERMEIER

Weiler-Simmerberg Die Marktgemeinde Weiler-Simmerberg will sich zusammen mit sieben anderen Orten an dem geplanten Westallgäuer Stromnetz der Vorarlberger Kraftwerke (Vkw) beteiligen. Einen entsprechende Absichtserklärung hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Über die Zukunft des Stromnetzes im Westallgäu ist in den vergangenen Monaten intensiv gerungen worden. Nach Stand der Dinge wer-

den die Vkw 50 Prozent der Anteile an der neuen Gesellschaft halten, 25 Prozent übernimmt die Stadt Lindenberg (oder die Stadtwerke), 25 Prozent acht Gemeinden. Sie gründen dafür einen Zweckverband. Der Anteil der einzelnen Gemeinden orientiert sich am Wert des Leitungsnetzes auf ihrer Gemarkung. Im Fall von Weiler-Simmerberg sind es knapp 29 Prozent, das entspricht einer Beteiligung in Höhe von 1,1 Millionen Euro. Die Vkw sichert den Gemeinden eine feste Verzinsung zu, über die sich deren Beteili-

gung amortisieren soll. Dafür behält sie sich die Entscheidung in den wichtigen unternehmerischen Fragen vor.

Der Gemeinderat begrüßt die neue Netzgesellschaft einhellig. Eine verbindliche Entscheidung über eine Beteiligung fällt aber erst, wenn alle Details klar sind. Unklar ist beispielsweise noch, ob die Beteiligung der Gemeinden über Eigenmittel oder Kredite laufen soll. Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph bezeichnete den Beschluss deshalb als „Meinungsbild“, damit der Arbeits-

kreis, der sich um das Thema kümmert, weiterarbeiten könne.

Unabhängig von den Details wertet der Gemeinderat Weiler-Simmerberg die Beteiligung der Gemeinden am Stromnetz als „absolut richtigen Weg“ (Joachim Zwerger), beziehungsweise „Schritt in die richtige Richtung“, wie es 2. Bürgermeister Josef Reichart formulierte. Verständlich ist für ihn auch, dass die Vkw das Sagen behalten will.

Reichart wies aber darauf hin, dass es für die Gemeinden eigentlich nicht nötig sei, zusammen 50 Pro-

zent der Anteile zu halten. „Die gleichen Rechte kann ich mit einer Beteiligung von 26 Prozent erreichen“, so Reichart. Das sei zwar richtig, so Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph. Die Höhe der Beteiligung sei aber die Frage, über die jahrelang verhandelt worden sei. „Lindenberg möchte lieber mehr als weniger. Anderen Gemeinden wiederum ist es wichtig, zusammen mit den anderen Gemeinden gleiche Anteile zu halten wie die Stadt“, so der Rathauschef. Mit der jetzigen Lösung seien alle einverstanden gewesen.